



Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-
Württemberg

📅 23.09.2019

Projekt „Handel 2030“ – Staatssekretärin Katrin Schütz stellt Abschlussbericht zur Dialogphase in Stuttgart vor



📷 © Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Staatssekretärin Katrin Schütz hat heute (23. September) den Abschlussbericht zur Dialogphase des Projekts „Handel 2030“ in Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt. „Der Einzelhandel ist mit 46.000 Unternehmen und mehr als 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine der wichtigsten und beschäftigungsintensivsten Branchen im Land. Doch sie ist seit vielen Jahren einem Strukturwandel unterworfen. Wir wollen vielfältige Maßnahmen ergreifen, um die Einzelhändler im Land bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, allen voran der digitalen Transformation, zu unterstützen“, betonte Schütz. Sie setze sich mit Nachdruck dafür ein, dass auch im Doppelhaushalt 2020/2021 entsprechende Mittel vorgesehen würden.

Seit Juli 2018 geht das Wirtschaftsministerium die zentralen Zukunftsfragen des Einzelhandels gemeinsam mit seinen Partnern, dem Handelsverband Baden-Württemberg (HBW), dem Baden-Württembergischen IHK-Tag (BWIHK), dem Verband der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels Süd (VMG Süd), den kommunalen Spitzenverbänden, ver.di und dem Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband (BWGV) an. Die in regionalen Themenworkshops erarbeiteten Handlungsempfehlungen zur Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels wurden nun in dem Abschlussbericht gebündelt.

Von Digital-Coaches bis zu einer Nahversorgungsinitiative sind vielfältige Maßnahmen geplant

Der Abschlussbericht enthält einen Katalog aus 129 Handlungsempfehlungen zu den Themenfeldern Digitalisierung, Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Zukunft der Innenstädte, Nahversorgung, rechtliche Rahmenbedingungen sowie Bau- und Raumordnungsrecht. Sie richten sich an Bund, Land, Kommunen, Wirtschaftsorganisationen und den Handel selbst. „Die vorgestellten Handlungsempfehlungen zeigen Wege auf, wie die Lage des Einzelhandels in Baden-Württemberg verbessert werden kann“, erklärte Schütz. An der Umsetzung einiger aus der Dialogphase hervorgegangenen Maßnahmenpakete arbeite das Wirtschaftsministerium bereits in Zusammenarbeit mit den Partnern. Beispiele hierfür sind:

- die Einführung einer „Digitalstrategie Handel 2030“ - ein bezuschusstes Beratungs-, Coaching- und Qualifizierungsangebot, das Händler bei der Status Quo-Analyse, der strategischen Ausrichtung, der Personalplanung und -entwicklung und der Umsetzung betrieblicher Maßnahmen unterstützt. Die Strategie zielt zudem auf die Einführung von Digitalbotschaftern in den Einzelhandelsunternehmen ab.
- die Förderung von regionalen Innenstadt- und Handelsberatern, um die Kommunen dabei zu unterstützen, die Attraktivität ihrer Innenstädte als Handelsstandorte zu erhalten. Kommunen mit bis zu 50.000 Einwohnern soll damit geholfen werden, ihre Innenstädte und Quartiere zu stärken und an die Erfordernisse des digitalen Zeitalters anzupassen, also beispielsweise die digitale Sichtbarkeit zu erleichtern.
- eine Nahversorgungsinitiative, mit der dem Rückzug des Einzelhandels insbesondere aus kleinen Orten im ländlichen Raum entgegengewirkt werden soll. Zur Unterstützung der Händler sollen Best-Practice-Konzepte zur Sicherung der Nahversorgung auf einem Fachkongress und einer Reihe von Informationsveranstaltungen kommuniziert werden.

Partner befürworten die rasche Umsetzung der Handlungsempfehlungen

Hermann Hutter, Präsident des Handelsverbands Baden-Württemberg (HBW), zeigte sich angesichts der vielfältigen Handlungsempfehlungen erfreut: „Der Handel ist der drittgrößte Wirtschaftszweig im Land, aber vor allem ist er Garant einer hohen Lebensqualität und lebendiger, attraktiver Innenstädte. Das

Projekt ‚Handel 2030‘ und der konstruktive Dialog mit der Politik sind ein toller Erfolg - die Händlerinnen und Händler im Land freuen sich sehr über diese Wertschätzung und die politische Unterstützung. Entscheidend ist jetzt, die gewonnenen Erkenntnisse schnell in effektive Maßnahmen zu überführen. Denn trotz aller Erfolge, der Handel und mit ihm unsere Städte und Gemeinden, stehen vor gewaltigen Herausforderungen!“

Prof. Dr.-Ing. Peter Jany, Hauptgeschäftsführer der für Handelsfragen im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag zuständigen IHK Bodensee-Oberschwaben, betonte: „Der Einzelhandel spielt nach wie vor eine zentrale Rolle, wenn es um die Vitalität und Attraktivität einer Innenstadt geht. Geändertes Verbraucherverhalten und wachsender Onlinehandel führen aber vielerorts zu Frequenzrückgängen. Die baden-württembergischen IHKs schlagen deshalb die Implementierung von Innenstadtberatern, vor allem in Klein- und Mittelstädten, vor, die über keinen Wirtschaftsförderer und kein Citymanagement verfügen.“

Bernhard Franke, Landesfachbereichsleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für den Handel, betonte: „Die Zukunft der Arbeit im Einzelhandel - einer Branche, in der mehr als 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Lebensunterhalt verdienen - steht vor enormen Herausforderungen. Konzentrationsprozesse, scharfer Wettbewerb und enorme technologische Umwälzungen verändern eine Branche, die für unsere ganze Gesellschaft von enormer Bedeutung ist. Deshalb ist es wichtig, diesen Prozessen nicht tatenlos zuzuschauen, sondern sie im Zusammenwirken von Sozialpartnern, Zivilgesellschaft und Politik zu beeinflussen und zu gestalten. Das Dialogprojekt war dafür ein gelungener Auftakt.“

„Unsere Innenstädte müssen auch morgen noch attraktiv und lebendig sein, damit sich die Menschen gerne dort aufhalten“, so Gudrun Heute-Bluhm, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, und sprach damit auch für den Gemeindetag und den Landkreistag Baden-Württemberg. „Dazu brauchen wir weiterhin attraktive Angebote in Einzelhandel und Gastronomie. Die Kommunen werden dazu gerne ihren Beitrag leisten, denn wenn die wohnortnahe Versorgung eine langfristige Zukunft haben soll - woran wir stark interessiert sind - müssen wir jetzt die Weichen stellen. Der Online-Handel hat zwischenzeitlich einen erheblichen Teil des Marktes eingenommen - mit zum Teil gravierenden Auswirkungen auf unsere Innenstädte und Ortsmitten. Deshalb brauchen wir Konzepte, um den örtlichen und regionalen Handel um ein Online-Segment zu erweitern, damit unsere Städte und Gemeinden weiterhin attraktiv für die Menschen bleiben. Auch unter Umweltgesichtspunkten sind der örtliche und der regionale Handel die nachhaltigere Alternative.“

Gerhard Berger, Geschäftsführer des Verbands der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels Süd e. V. (VMG Süd), appellierte: „Der Mittelstand als Rückgrat des Einzelhandels sieht sich immer größeren Herausforderungen gegenüber: Überbordende Bürokratie, Digitalisierung, Fachkräftemangel, zunehmender Onlinehandel und Leerstände in den Innenstädten. Das Dialogprojekt ‚Handel 2030‘ kommt daher zur rechten Zeit. Die in den Workshops herausgearbeiteten Ergebnisse sind nachhaltige Impulse, um verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen für mehr Konsumanreiz, Fachkräftesicherung, Flexibilisierung der Arbeits- und Ladenöffnungszeiten, Entbürokratisierung, die konsequentere Bekämpfung des Ladendiebstahls und vor allem den Erhalt lebendiger Innenstädte! Leidet der innenstädtische Einzelhandel, leidet mit ihm die ganze Stadt. Der VMG Süd appelliert an die konsequente und nachhaltige Umsetzung des Dialogprojekts ‚Handel 2030‘.“

Dr. Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV), betonte auf der Veranstaltung: „Genossenschaftliche Modelle können den Einzelhandel in Baden-Württemberg stärken und dabei helfen, die Transformation des Handels unter Wahrung der Selbstständigkeit gemeinsam erfolgreich zu gestalten sowie attraktive Rahmenbedingungen für Kunden zu schaffen. Genossenschaften unterstützen Unternehmen besonders im Bereich der gemeinsamen Dienstleistungen, aber auch bei der Digitalisierung und hinsichtlich des sich vielfach abzeichnenden Fachkräftemangels.“ Auch mit Blick in die Zukunft stellte Glaser fest: „Die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft stellt zudem einen zukunftsfähigen Lösungsansatz für die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Unternehmensnachfolge dar.“

Weitere Informationen

[Abschlussbericht zur Dialogphase des Projekts „Handel 2030“](#)